

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Druckerschrift: Nachrichten Dresden.  
Vertriebs- und Abonnementsnummer 26 241  
Nur für Nachdruck: 27 011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. März 1927 bei täglich zweimaliger Zustellung ins Haus 1.50 Mk.  
Postbezugspreis für Monats-März 1. März abh. Postzustellungsgebühr  
Einzelnummer 10 Pfennig.  
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet, die einseitige 10 mm breite Zeile 30 Pf., für auswärts 35 Pf., Familienanzeigen und Gelegenheitsanzeigen ohne Rabatt 10 Pf., außerhalb 20 Pf., für 90 mm breite Reklamen 150 Pf., außerhalb 200 Pf., Überschriften 10 Pf., wenn Aufträge einen Vorausbezahl.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Morgenstr. 38 4 2  
Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.  
• Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit Quellenangabe „Dresdner Nachr.“ möglich. Unberechtigtes Abschreiben, Verleihen oder Verbreiten wird bestraft.

## Die deutsche Delegation für Genf.

Leitung Gauß und v. Bülow. — Stresemann und v. Schubert fahren am Sonnabend nach Genf. Das Münchner Eisenbahnunglück vom Pfingstmontag 1926 vor Gericht. — Der Städtetag fordert beschleunigten Wohnungsbau.

### Die deutschen Vertreter zur Genfer Tagung.

Berlin, 2. März. Reichsaussenminister Dr. Stresemann und Staatssekretär v. Schubert treffen am Sonnabendabend in Genf ein. Die übrige Delegation, die vom Ministerialdirektor Gauß und Geheimrat v. Bülow geleitet wird, setzt sich außerdem aus folgenden Herren zusammen: Geheimrat Jechlin als Referent für Polen, Legationsrat Bogt für das Saargebiet, Geheimrat Gemen für Wirtschaftsverfahren, Gesandter Frentag für Minoritätenfragen, Legationsrat Polke und Legationsrat Hedlhamer. Dazu kommt das übliche technische Personal.

Die Delegation wird voraussichtlich schon am Sonnabend eine Besprechung mit dem Reichsaussenminister haben.

Die Beratungen des Völkerbundes werden am kommenden Montag aufgenommen werden. Den Vorsitz der Tagung wird zum ersten Male der deutsche Reichsaussenminister führen.

Chamberlain reist am Sonnabend nach Genf und es ist anzunehmen, daß ihm Briand bald folgen wird. Dr. Stresemann dürfte sich während seines Aufenthaltes in San Remo durch die Besuche der deutschen Botschafter in Rom und Paris, sowie des Staatssekretärs v. Schubert weitgehend über die politische Lage informiert haben. Auch die Ausprache, die Dr. Stresemann vor seiner Abreise nach San Remo mit dem Reichsfinanzler Dr. Marx über die außenpolitische Lage hatte, dürfte als Vorbereitung seiner Genfer Mission zu deuten sein.

Da Briand sich erst kürzlich erneut in einem Interview mit dem Vertreter des „Petit Parisien“ für eine Verständigungspolitik mit Deutschland ausgesprochen hat, ist anzunehmen, daß auch die neuen Verhandlungen in Genf im Geiste der Verständigungspolitik geführt werden.

Außer der Ratstagung wird sich der Völkerbund in diesem Monat mit den Vorarbeiten für die Abrüstungskonferenz zu beschäftigen haben. Das Ratkomitee, das sich mit dem Studium für die Detachierung der Rüstungen, der Kontrolle der privaten Rüstungsindustrie und des Waffenhandels beschäftigt wird, sowie die Kommission für die Kontrolle der privaten Waffenindustrie treten am 14. März zusammen. Die Unterkommission B der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz nimmt am 16. März ihre Arbeiten auf. Die Vorbereitende Abrüstungskonferenz selbst tritt am 21. März zusammen.

### Jaleski fährt über Wien nach Genf.

Warschau, 2. März. Der Minister des Auswärtigen, Jaleski, tritt heute nachmittag die Reise zur Ratstagung des Völkerbundes an. Auf seiner Fahrt nach Genf wird er sich einen Tag in Wien aufhalten. Am 4. d. M. wird Jaleski von dort gemeinsam mit dem händigen Delegierten Polens in Genf, Minister Sokal, der Warschau erst morgen verlassen wird, nach Genf weiter reisen. (W.F.B.)

### Kompromißbemühungen in der Saarfrage.

Berlin, 1. März. Wie die D.L. von autöndlicher Seite erfährt, sind die Verhandlungen über die Saarfrage noch immer im Stadium der vorbereitenden Fühlungnahme. Ein Kompromiß läßt sich zurzeit entgegen im Auslande verbreiteten Meldungen noch nicht absehen. Die Saarfrage wird zweifellos im Mittelpunkt der Erörterungen zwischen Reichsaussenminister Dr. Stresemann und Staatssekretär Schubert in San Remo stehen. Insbesondere besteht keinerlei Verbindung zwischen der Frage der Besetzung der Regierungskommission des Saargebietes bzw. des Vorlages und der Frage der Beibehaltung eines „Bahnstrahles“ als Ablösung der Besatzungstruppen. Weder der Bahnstrahl noch eine besondere Kommission zur Organisierung dieses Bahnstrahles finden im Versailler Vertrag irgendeine Stütze. Man sieht deutlicher als auf dem Standpunkt, daß die Frage des Abzuges der Besatzungstruppen aus dem Saargebiet lange genau verhandelt worden ist und nun endlich in Genf zur Lösung kommen muß. (H.)

### Danzig-polnische Verkehrsverhandlungen.

Teilverständnis mit Polen erreicht.  
Berlin, 1. März. Am 24. und 25. Februar haben über den Entwurf eines Abkommens zur Erleichterung des internationalen Verkehrs auf den Strecken Dirschau-Königs und Dirschau-Marienburg Verhandlungen zwischen Danzig und Polen stattgefunden, bei denen eine Verständigung über die von Danzig beantragten polnischen Bestimmungen erzielt wurde. Die polnischen Vertreter haben dem Danziger Vorschlag zugestimmt. Die endgültige Erklärung ihrer Regierung steht aber noch aus. Ueber die von Danzig aufgeworfenen politischen Fragen ist bisher nicht verhandelt worden. Die polnische Regierung hat zu den Verhandlungen Danzigs noch eine schriftliche Stellungnahme in Aussicht gestellt. Da zum endgültigen Abschluß die Zustimmung Danzigs erforderlich ist, muß der Ausgang dieser Verhandlungen noch abgewartet werden.

### Die Annäherung zwischen Zentrum und Bayerischer Volkspartei.

Berlin, 2. März. Zu den Wiedervereinigungsbestrebungen zwischen Zentrum und Bayerischer Volkspartei wird mitgeteilt, daß am 1. April die beschlußfassende Landesversammlung der Bayerischen Volkspartei stattfinden soll, der eine Sitzung des Landesauschusses der Bayerischen Volkspartei voranzugehen werde. Es wird damit gerechnet, daß die Landesversammlung der Bayerischen Volkspartei der Arbeitsgemeinschaft mit dem Zentrum zustimmen wird. Die Parteileitung des Zentrums dürfte den Reichsparteiausschuss einberufen zwecks Stellungnahme zu der Angelegenheit.

### Die Erschließung der Archive des Auswärtigen Amtes.

Ihre Bedeutung für die deutsche Gegenwart und Zukunft.

Von Dr. W. D. Solf, deutscher Botschafter in Tokio, ehemals Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Die im gleichen Verlage wie die amtliche Aktienpublikation erscheinende historisch-politische Monatschrift „Archiv für Politik und Geschichte“ gibt aus Anlaß des Abschlusses des großen Wertes ein Sonderheft heraus aus dem wir, mit Zustimmung der Redaktion und der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, den nachstehenden bemerkenswerten Artikel des deutschen Botschafters in Tokio, Dr. Solf, im Vorabdruck veröffentlichen.

DVG. Die Vollendung der großen Aktienpublikation des Deutschen Auswärtigen Amtes ist ein geschichtliches Ereignis. Im Laufe der seit der Veröffentlichung der „Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch“ vergangenen sieben Jahre haben wir alle uns an die Preisgabe diplomatischer Dokumente zu sehr gewöhnt, um im Augenblick des Abschlusses des deutschen Archivwerkes die Bedeutung dieses Vorganges noch ganz unmittelbar würdigen zu können. Um zu der grundsätzlichen und tatsächlichen Bedeutung der Erschließung der Archive des Deutschen Auswärtigen Amtes die richtige Einstellung zu gewinnen, müssen wir in die Zeit vor dem Beginn der Veröffentlichung der deutschen Vorkriegsaktien zurückgehen.

Bevor die deutsche Regierung den Entschluß faßte, aller Welt vorbehaltlos vertraulichen Einblick in die Führung der Politik des Deutschen Reiches in den letzten Wochen vor dem Weltkrieg zu geben, war das politische Archivmaterial der Auswärtigen Ämter aller Staaten gegen jeden Einblick hermetisch verschlossen. Hier und da faßte eine Regierung diplomatische Akten zu einem ihrer Handbücher zusammen, die mehr dazu bestimmt waren, Zusammenhänge zu verdeutlichen als aufzudecken, hier und da durfte ein besonders bevorzugter Berichtsforscher in die Akten eines historischen Teilgebietes, meist eines schon recht entlegenen, Einblick nehmen, aber von einer vollkommenen Offenlegung des Archivmaterials allerjüngster, allerneuester Vorgänge war bis dahin nie die Rede gewesen. Selbst die bei Ausbruch des Krieges von den Regierungen der kriegführenden Staaten herausgegebenen Weiß-, Blau-, Rot-, Orange- und Grünbücher verbanden ihre zunächst sensationellen Wirkungen auf das Völkergeschick nicht so sehr tatsächlichen Enthüllungen oder gar historisch schätzbaren Beweisen, als dem für die große Öffentlichkeit völlig neuen Reiz, im Originalwortlaut zu lesen, wie die Diplomaten der Großmächte in solchen Zeiten schwerer politischer Kriegen miteinander sprachen und verkehrten, wie die Regierungen einander zunächst noch mit den Mitteln des Wortes und der Schrift bekämpften, und wie die miteinander befreundeten und verwandten Monarchen versuchen, ihre persönlichen Beziehungen in die Bahnhale der Weltgeschichte zu werfen.

Zum ersten Male einen wirklich tiefen Blick in die Verhältnisse der hohen Politik konnte die Welt tun, als die deutsche Regierung im Herbst 1919 die sogenannten „Kautsky-Akten“, die „Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch“, veröffentlichte. Auch dann noch empfand man unter den Fachleuten der Diplomatie, der Politik und der Geschichtsschreibung wie in der breiten Masse die Aufdeckung der Akten als eine gewaltige Sensation. Danach aber setzte die Fülle der Aktienpublikationen ein, die uns in den letzten sieben Jahren einen so mächtigsten reichhaltigen Unterbau für eine auf unmittelbaren Quellen beruhende Geschichtsforschung geliefert hat, wie sie in dieser Art noch niemals hat betrieben werden können. Noch niemals haben die Zeitgenossen eines großen Krieges so schnell und fast lückenlos die Ursachen dieses Krieges kennen gelernt und noch niemals so genau über die Verantwortungen an diesen Krieg gewußt wie unsere Generation, die Zeitgenosse des größten Krieges aller Zeiten war.

Darum ist die Vollendung der deutschen Aktienpublikation, deren Schlußstein jetzt gelegt wurde, in Wahrheit ein historisches Ereignis, dessen Bedeutung nicht genug gewürdigt werden kann. In unserer schnelllebigen und an Sensationen gewöhnten Zeit besteht leicht die Gefahr, daß die Mehrheit der Lebenden an einem solchen Ereignis vorbeigeht. Das darf auf keinen Fall geschehen. Aktienpublikationen müssen dem Laien zwar auf den ersten Blick trocken und schwer lesbar erscheinen. Wer aber einmal ernstlich versucht hat, ein solches Werk zu lesen, wird erkannt sein über die Weite des Blickes, die es ihm verschafft, wird gefesselt sein von den Momenten höchster Spannung, die nicht der Phantasie des Dichters ent-

## Das Wohnungsbauprogramm des Städtetages.

### Belastung der Grundstücke mit einer Rente.

Ein dringender Appell an die Reichsregierung.  
Berlin, 2. März. Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat folgenden Beschluß gefaßt:

Der Vorstand weist erneut darauf hin, daß die endgültige Beseitigung der Wohnungsnot von sozialen, wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkten aus heute mehr denn je das dringendste innere Zentralproblem ist. Es gilt, dem Neubau von jährlich 250 000 bis 275 000 Klein- und Kleinstwohnungen in erschwinglicher Preislage zu ermöglichen. Nur so kann die Wohnungsnot in höchstens fünf Jahre beseitigt werden. Die Senkung der Baukosten für Neuwohnungen unter dem allgemeinen Lebenshaltungssindex ist von allergrößter volkswirtschaftlicher und sozialer Bedeutung, weil die Mieten der alten Wohnungen sich allmählich auf den Preis der Mieten neuer Wohnungen einstellen müssen. Die Derauffassung der alten Mieten darf, bis der Beharrungszustand bei den Neubaufösten und Neubaumieten erreicht ist, nur mit größter Vorsicht erfolgen. Alle Maßnahmen, die zur Senkung der Baukosten führen, müssen daher im Zusammenwirken von Reich, Ländern, Gemeinden und Privatwirtschaft getroffen werden.

Das wichtigste Problem bleibt die Finanzierung. Die Durchführung des Wohnungsbaues ist geradezu aus der Hand genommen, wenn man sich bei den maßgebenden Stellen nicht entschließen wieder mit einer von Jahr zu Jahr lautenden Finanzregelung befassen will, da der private Kapitalmarkt in absehbarer Zeit die für den Wohnungsbaubau erforderlichen Mittel nicht in ausreichendem Umfange und zu entsprechenden Bedingungen zur Verfügung stellen kann, so müssen öffentliche Mittel auf lauge Sicht bereitgestellt werden. Diese können nur aus der Hauszinssteuer genommen werden, die eine sozial gerechte und staatspolitisch notwendige Maßnahme darstellt.

Es ist unbedingt zu fordern, daß jetzt endlich ernst gemacht wird mit einer endgültigen Regelung der Hauszinssteuer.

### Deutschlands Ueberbelastung durch den Dawes-Plan.

Ein Interview beim Reichsfinanzminister.

Kennort, 2. März. Die „World“ veröffentlicht ein Interview mit Reichsfinanzminister Dr. Brücker. Danach erklärte Dr. Brücker, daß Deutschland aus weiterhin verschärften Reparationsverpflichtungen lokal nachzukommen. Die ganze Frage sei von wirtschaftlichen und nicht von politischen Gesichtspunkten aus zu betrachten. Hauptbedingung für Deutschland sei die Möglichkeit ausgedehnten Exportes. Eine weitere wesentliche Voraussetzung sei auch die Wiederherstellung der normalen Handelsbeziehungen. Die finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland seien mit der Vorkriegszeit nicht vergleichbar. Zu berücksichtigen sei vor allem auch die große Zahl der Arbeitslosen. Trotzdem stehe aber im Augenblick die Belastung aus dem Dawesplan an der Spitze. Dr. Brücker erklärte weiter, er wünsche, großes Gewicht auf die Worte „im Augenblick“ zu legen, denn

es sei nicht ersichtlich, wie Deutschland in den Jahren 1928 und 1929 erfüllen solle.

Im Jahre 1926 hätte Deutschland beispielsweise Vorteile durch den englischen Kohlenzoll gehabt. Dr. Brücker schloß mit dem Hinweis, daß Amerika indirekt großen Anteil an der ganzen Reparationsfrage habe, und drückte die Hoffnung aus, daß es gelingen werde, die Schwierigkeiten zu klären. (H.)

\*) Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871 bis 1914. Sammlung der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Im Auftrag des Auswärtigen Amtes herausgegeben von Johannes Paulus, Albrecht Mendelssohn-Bartholdy, Friedrich Thimme. 40 Bände in 54 Teilen. Berlin 1924 bis 1926. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte.

\*\*) Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch 1914. Vollständige Sammlung der von Karl Kautsky zusammengestellten amtlichen Aktenstücke, mit einigen Ergänzungen. Im Auftrag des Auswärtigen Amtes nach gemeinsamer Durchsicht mit Karl Kautsky herausgegeben von Graf Max Montgelas und Professor Walter Schöding. 4 Bände. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte in Berlin.